Diverse Informationen = Informations diverses

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **74 (1983)**

Heft 24

PDF erstellt am: **29.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Neues aus dem Bundeshaus
Nouvelles du Palais fédéral

Neue Sichtung energiepolitischer Massnahmen

Die Energiepolitik ist mit der Ablehnung des Energieartikels am 27. Februar 1983 durch die Mehrheit der Stände nicht vollständig festgelegt. Pendent sind zurzeit bei den Eidg. Räten die Energie- und die Atom-Initiative. Die Energie-Initiative will dem Bund aufgrund eines Energieartikels weitreichende Kompetenzen im Energiebereich gewähren. Der Bundesrat lehnt beide Initiativen ab, will aber die Bemühungen um eine rationelle Energieverwendung verstärken. Die Kantone und die Wirtschaft haben bereits in den letzten Jahren ihre Verantwortung zu einem grossen Teil wahrgenommen. Auch auf Bundesebene sollen die bereits bestehenden verfassungsmässigen Möglichkeiten verstärkt genutzt werden. Vor diesem Hintergrund ist eine grundsätzliche Neubeurteilung der konkreten, energiepolitischen Massnahmen notwendig und nützlich.

Die Eidg. Energiekommission hat diese im Auftrag des Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements durchgeführt. Sie stützte sich dabei auf die Vorarbeiten, die bereits mit dem schweizerischen Gesamtenergiekonzept geleistet worden sind, sowie auf Erfahrungen, die in der Zwischenzeit durch Verbände und Behörden im Zusammenhang mit energiepolitischen Massnahmen gesammelt werden konnten. Die Kommission konzentrierte sich in ihren «Empfehlungen zu energiepolitischen Massnahmen» vom Mai 1983 auf die Beurteilung der energiewirtschaftlichen Auswirkungen. Der Bericht kann bei der Eidg. Drucksachen- und Materialzentrale (EDMZ), 3003 Bern, bezogen werden.

Zu den wichtigsten Massnahmen zählt die Kommission energietechnische Anforderungen an neue Gebäude und Heizanlagen. Zur Förderung des Energiesparens soll auch eine Warendeklaration für die wichtigsten Apparate und Geräte dienen. Damit können die Konsumenten beim Kaufentscheid die Gesamtkosten (Anschaffungspreis plus Energiefolgekosten) beurteilen. Vermehrtes Gewicht möchte die Kommission der Energieforschung geben, besonders zugunsten der rationellen Energieverwendung und erneuerbarer Energien. Zu verstärken sind zudem die Aus- und Weiterbildung von Energiefachleuten sowie die Information und Beratung.

Eidg. Verkehrs- und
Energiewirtschaftsdepartement
Pressedienst

Réexamen des mesures de politique énergétique

Le rejet de l'article énergétique par la majorité des cantons, le 27 février 1983, n'a pas fixé tous les éléments de la politique à adopter. Le Parlement discute en ce moment des initiatives énergétique et atomique. L'initiative énergétique préconise l'adoption d'un article constitutionnel qui donnerait des compétences considérables à la Confédération dans le domaine de l'énergie. Le Conseil fédéral est opposé aux deux initiatives, mais il veut intensifier les efforts en faveur de l'utilisation rationnelle de l'énergie. Ces dernières années, les cantons et l'économie ont du reste compris, dans leur ensemble, le rôle qu'ils avaient à jouer à cet égard. Au niveau fédéral également, il y a lieu de tirer parti, dans une plus grande mesure, des possibilités qu'offre la Constitution actuelle. Il faut réexaminer dans cette perspective les mesures qui s'imposent.

La Commission fédérale de l'énergie a accompli cette tâche à la demande du Département fédéral des transports, des communications et de l'énergie. Elle s'est fondée sur les travaux préliminaires de la conception globale suisse de l'énergie ainsi que sur les constatations faites dans la pratique par certaines associations et autorités. Dans ses «Recommandations pour des mesures de politique énergétique» de mai 1983, la Commission s'est limitée à une évaluation des effets en matière d'économie énergétique. Son rapport peut être obtenu à l'Office central fédéral des imprimés et du matériel, 3000 Berne.

Au nombre des prinicipales interventions préconisées figure l'adoption de certaines exigences quant aux qualités énergétiques des bâtiments neufs et des nouvelles installations de chauffage. De même, la déclaration de marchandise, s'appliquant aux principaux ustensiles et appareils, favoriserait les économies d'énergie. Elle permettrait en effet à l'acheteur d'évaluer les coûts totaux (achat et consommation d'énergie) au moment de faire son choix. La commisson recommande que la recherche énergétique soit plus poussée, en particulier dans le domaine de l'utilisation rationnelle et dans celui des agents renouvelables. Il faudrait renforcer aussi la formation professionnelle et le perfectionnement des spécialistes en technique énergétique.

Département fédéral
des transports et communications
et de l'énergie
Service de presse

Diverse Informationen
Informations diverses

Gesicherte Stromversorgung – nur unter bestimmten Voraussetzungen

(VSE) Vergleiche zwischen dem erwarteten Stromkonsum für die nächsten sieben Winterhalbjahre mit den entsprechenden Erzeugungsmöglichkeiten der Elektrizitätswerke (inkl. Leibstadt) zeigen, dass die Schweiz in der Stromversorgung zumindest theoretisch nicht schlecht dasteht. Dieser positive Befund gilt allerdings nur, wenn produktionsseitig keine unerwarteten Ereignisse eintreten, welche unsere Stromproduktion entscheidend reduzieren.

Solche Ereignisse sind zum Beispiel ein schlechtes Wasserjahr oder der Ausfall eines Kernkraftwerkes. Deshalb fordert die Elektrizitätswirtschaft, über genügende Produktionsreserven zu verfügen, um mögliche Engpässe mit ihren unabsehbaren Folgen zum vornherein auszuschliessen.

Dass die Schweiz bezüglich ihrer Produktionsreserven nicht auf Rosen gebettet ist, zeigt die kürzlich von der zuständigen Bundesstelle gemachte Untersuchung, wonach ein Wegfall allein des Kernkraftwerkes Gösgen während des kommenden Winterhalbjahres 1983/84 die schweizerische Stromerzeugung um 3600 Gigawattstunden (1 GWh = 1 Mio kWh) oder um gut 14% verringern würde. In der Endabrechnung, d.h. je nach Wasserführung der Flüsse und Füllung der Speicherbecken sowie unter Berücksichtigung des Stromaustausches mit dem Ausland, ergäbe sich ein Winter-Manko in unserer Elektrizitätsversorgung von ein bis eineinhalb Milliarden Kilowattstunden. Diese Lücke entspräche etwa dem gesamten Stromverbrauch der Stadt Zürich im letzten Winterhalbjahr!

Diese Untersuchung zeigt deutlich, wie eng der produktionstechnische Rahmen für die Elektrizitätswirtschaft geworden ist,

und zwar insbesondere dann, wenn die einzig massgebenden Winterzahlen als Basis verwendet werden.

Die Zahlen müssen zudem vor dem Hintergrund eines stetig wachsenden Stromverbrauchs gesehen werden, der allein im ersten Halbjahr 1983 gegenüber der Vorjahresperiode um 3% angestiegen ist. Im zweiten Quartal 1983 betrug die Zunahme sogar 5%. Es sieht also gegenwärtig nicht danach aus, als würde der Stromkonsum stagnieren oder sogar sinken. Im Gegenteil, es ist in naher Zukunft mit einem tendenziell steigenden Verbrauch zu rechnen, denn die Rationalisierungsinvestitionen – insbesondere im Dienstleistungssektor –, die Förderung des öffentlichen Verkehrs und der Anspruch der Bevölkerung auf mehr Wohnraum und Komfort, um nur einige Beispiel zu nennen, schlagen sich nachhaltig belastend auf die schweizerische Strombilanz nieder.

Wärmepumpen – vor einem neuen Aufschwung?

Nachdem in den Jahren 1980 und 1981 eine sehr starke Nachfrage nach Wärmepumpen zu verzeichnen war, gingen die Verkaufszahlen in den darauffolgenden Jahren drastisch zurück. Diejenigen, die eine Wärmepumpe installiert haben, sind mit ihren Anlagen allerdings offensichtlich zufrieden. Dies ist das wichtigste Ergebnis einer Umfrage der Arbeitsgemeinschaft Wärmepumpen (A.W.P.) bei Besitzern von Wärmepumpenheizungsanlagen hinsichtlich der Betriebserfahrungen, bei der über 1000 Antworten ausgewertet werden konnten:

- 93% sind mit ihrer Wärmepumpe zufrieden.
- 92% würden sich bei einem nächsten Investitionsentscheid wieder für eine Wärmepumpe entschliessen.
- 57% der Anlagen arbeiten seit der definitiven Inbetriebnahme störungsfrei, die meisten davon schon im 2. oder 3. Betriebsjahr.
- 80% beurteilen die Betriebskosten günstiger als bei einer konventionellen Heizung.

Diese Umfrageergebnisse wurden an einer Informationsveranstaltung der A.W.P. in Zürich von deren Sekretär, K. Egli, vorgestellt. In dieser Arbeitsgemeinschaft sind 42 Fabrikations- und Lieferantenfirmen von Wärmepumpen zusammengeschlossen, die einen Marktanteil von über 90% aufweisen.

Nach Ansicht der A.W.P. kann aus dem Umfrageergebnis geschlossen werden, dass gute Produkte zur Verfügung stehen und die nötigen Fachkenntnisse vorhanden sind, so dass der erwünschten weiteren Verbreitung der Wärmepumpen nichts mehr im Wege stehen sollte.

Im Rahmen dieser Veranstaltung wurde ferner ganz allgemein auf die Wärmepumpe als energiesparendes und umweltschonendes Heizsystem eingegangen. So wies z. B. Nationalrat Dr. Konrad Basler darauf hin, dass im Energiebereich nicht nur ein Versorgungsproblem bestehe, sondern auch ein Entsorgungsproblem in Form der Umweltbelastung durch Schadstoffe, die bei der Verbrennung fossiler Energieträger freigesetzt werden. Die Nutzung von Umgebungswärme mittels Wärmepumpen kann nach seiner Meinung einen Beitrag zur Linderung beider Probleme leisten.

Wie B. Kunz, Hedingen, erläuterte, ist die Wärmepumpe eine seit langem bekannte Heizungstechnologie, die aber als Folge des Erdölschocks quasi «neu entdeckt» wurde. Nachdem die Phantasie vieler Pioniere zunächst zu den kompliziertesten Systemen geführt hatte, ist die Devise für die Planer heute eindeutig: «Je einfacher, desto besser.» Sowohl für die Nutzung von Grund- und Quellwasser als auch von Erdwärme oder Aussenluft stehen heute ausgereifte Anlagen zur Verfügung. Der Trend geht dabei eindeutig in Richtung der Luft-Wasser-Wärmepumpen, da deren Wärmequelle, die Aussenluft, praktisch überall und in grossen Mengen zur Verfügung steht.

Wichtig für einen zufriedenstellenden Betrieb ist vor allem eine sorgfältige Planung der Anlage. In diesem Zusammenhang wies E. Mosimann vom Bundesamt für Konjunkturfragen darauf hin, dass zur Durchsetzung der Wärmepumpen am Markt eine entsprechende Ausbildung erforderlich ist. Im Rahmen des nun anlaufenden Impulsprogramms II, Haustechnik, werde daher auch speziell auf die Probleme der Wärmepumpen eingegangen.

Auch von seiten der Elektrizitätsversorgungsunternehmen sind für eine kompetente Beurteilung der Fragen des elektrischen Anschlusses und allfälliger Netzrückwirkungen fundierte Kenntnisse erforderlich, die durch eine Fortführung der bereits ergriffenen Ausbildungsmassnahmen vermittelt werden sollen, wie M. Schnetzler, Präsident der Schweizerischen Kommission für Elektrowärme (SKEW), ausführte. So wurden beispielsweise durch eine Arbeitsgruppe der SKEW im Auftrag des VSE und in enger Zusammenarbeit mit der A.W.P. die «Empfehlungen des VSE für den Anschluss von Wärmepumpenanlagen für Heizung und Wassererwärmung an das Netz der Elektrizitätswerke» ausgearbeitet, die demnächst veröffentlicht werden sollen.

Um die energiesparende Wärmepumpentechnologie nicht zu behindern, sollten nach Ansicht des SKEW-Präsidenten Anschlussbegehren für Wärmepumpenheizungen wohlwollend behandelt werden, wobei insbesondere bivalent-alternativen Systemen der Vorzug gegeben werden sollte, da diese während Kältespitzen das Netz nicht belasten.

W. Herzog machte darauf aufmerksam, dass günstige Voraussetzungen für den Einsatz einer Wärmepumpe oftmals bei der Sanierung bestehender Heizungsanlagen bestehen, wenn der schon vorhandene Kessel noch zur Spitzenlastdeckung verwendet werden kann. Er betonte ferner, dass Wärmepumpen nicht nur einen sehr erwünschten Beitrag zur Substitution von Heizöl leisten, sondern auch eine wesentliche Reduktion der Umweltbelastung ermöglichen. Wärmepumpenanlagen sind in der Investition zwar teurer als traditionelle Heizungen, in den Energiekosten dagegen günstiger. Vor diesem Hintergrund warf er die Frage auf, ob es richtig sei, zu warten, bis die Umweltbelastung so hoch wird, dass Schäden in einem Ausmass auftreten, deren Behebung ein Vielfaches des einmaligen Mehraufwandes beim Bau einer Wärmepumpenanlage koste.

Bm